

Presseinformation

Bund der Wasserstoffregionen legt Konzept zum Anschub der regionalen Wasserstoffwirtschaft vor

Spezielle Förderung für Transformationsprozess kleiner und mittlerer Unternehmen fehlt bislang

Berlin, 16. Mai 2024 – In Deutschland ist bis zum Jahr 2030 die Installation von rund 20 Gigawatt (GW) an Elektrolyseleistung geplant. Dies geht aus einer Analyse der BBH Consulting Group u.a. auf Basis von Daten der International Energy Agency hervor. Allerdings ist davon für bisher nur ca. 0,63 GW eine finale Investitionsentscheidung getroffen. Damit liegt Deutschland weit unterhalb des in der Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) gesteckten Ziels von 10 GW realisierter Kapazität im Jahr 2030. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die geplanten Projekte, die bereits eine Investitionsentscheidung getroffen haben, vornehmlich für den Eigenverbrauch von Großindustrien – z. B. in Stahlwerken – vorgesehen sind. Daraus folgt, dass ohne eine geeignete Förderarchitektur ein Transformationsprozess unter Einbindung von Wasserstoff für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und den Verkehrsbereich nicht möglich sein wird. Im schlimmsten Fall wird dadurch die Transformation ganzer Sektoren verschleppt, was wiederum in höheren Energiekosten sowie in höheren Kosten beim Emissionshandel, bei emissionsabhängigen Abgaben und in Strafzahlungen enden kann.

Um dem entgegenzuwirken, regt der Bund der Wasserstoffregionen (BdWR) mit seinem Konzept H2Regional über eine spezielle Förderarchitektur für regionale Wasserstoffwirtschaften zur Diskussion mit der Bundesregierung an. Ein entsprechendes Positionspapier haben die BdWR-Sprecher Dr. Stefan Kerth, Landrat des LK Vorpommern-Rügen, Jürgen Müller, Landrat des Kreises Herford, Bernd Lütjen, Landrat des LK Osterholz sowie Dr. Stefanie Schwarz, fachliche Leiterin Wissenschaftskommunikation des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches) gestern im Bundesministerium für Digitales und Verkehr an Bundesminister Dr. Volker Wissing übergeben.

H2Regional unterteilt sich in ein Konzept für Investitionskosten (CAPEX)-dominierte Bereiche (vornehmlich Verkehrssektor) und ein Konzept für Betriebskosten (OPEX)-dominierte Bereiche (vornehmlich H2-Erzeugung und Prozesswärmebereitstellung). Durch die zielgenauen Impulse von H2Regional werden regionale Wirtschaftsakteure befähigt, eigene Investitionen in die Transformation zu tätigen. Die regionale Wasserstoffherzeugung trägt somit zur regionalen Wertschöpfung und Standortsicherung bei. Weiterhin können Synergien zur Systemstabilität (z. B. Reduktion von lokalem Einspeisemanagement durch steuerbare Lasten, höhere Resilienz des Gesamtsystems und weniger Verdichter-Anlagen im Kernnetz) angehoben werden.

Dr. Stefan Kerth, Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen, betont: „Der in den Regionen verwurzelte Mittelstand ist nicht nur das viel zitierte 'Rückgrat der deutschen Wirtschaft', sondern nach wie vor ein entscheidender Wachstumsmotor. Es liegt auch an der Bundesregierung, diesen Akteuren die wirtschaftlich tragfähige Teilnahme am Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu ermöglichen. Das durch den BdWR erarbeitete und pragmatisch gehaltene Konzept namens 'H2Regional' weist den entsprechenden Weg dorthin.“

Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW und einer der Sprecher des BdWR, erklärt dazu: „Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland kann nur gelingen, wenn er regional stattfindet. Rund 1.800 Unternehmen sind an das Gasverteilnetz angeschlossen. Die technischen Voraussetzungen, darüber künftig Wasserstoff etwa als Prozessenergie für Hochtemperaturprozesse zu beziehen, sind bereits verfügbar und im DVGW-Regelwerk definiert. Jetzt benötigen diese Unternehmen dringend eine für sie maßgeschneiderte Förderkulisse. Der Bund der Wasserstoffregionen hat mit H2Regional hierfür einen geeigneten Vorschlag entwickelt und steht als Partner für die ressortübergreifende Diskussion mit der Bundesregierung bereit. Diese muss nun schnellstens erfolgen. Von der Stärkung der regionalen Akteure profitiert das ganze Land.“

Im Verkehrssektor hat die Bundesregierung durch Vorgaben wie dem Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge, die CO2-Maut und die EU-Flottenverordnung die Anschaffung einer großen Anzahl von Brennstoffzellenbussen und -nutzfahrzeugen in Deutschland bis 2030 forciert. Laut Gesetzeslage müssen bis 2025 u. a. jährlich ca. 950 und ab 2026 jährlich bis zu 1.350 emissionsfreie Busse im ÖPNV beschafft werden. Diese Investitionen werden häufig von kommunalen Unternehmen mitgetragen.

Bei der Industrie legt die NWS einen Schwerpunkt insbesondere auf die Chemie- und Stahlherstellung. Mit ca. 52 Prozent der Beschäftigten und ca. 33 Prozent des gesamten deutschen Umsatzes stellen jedoch Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) das Rückgrat der deutschen Wirtschaft dar. Bei der Dekarbonisierung der Prozesswärme mit Wasserstoff stehen heute viele dieser Unternehmen vor großen Herausforderungen. Diese Industrieunternehmen werden jedoch aktuell bei den Planungen der nationalen Wasserstoffwirtschaft – zum Beispiel bei Wasserstoffinfrastruktur oder Fördermöglichkeiten – kaum berücksichtigt.

Weitere Informationen:

Positionspapier Kurz- und Langfassung: [Zum Download](#)

Pressekontakt

DVGW e.V.

Sabine Wächter
Pressesprecherin
Tel. (0228) 9188-609
E-Mail: presse@dvgw.de



Über den BdWR

Der Bund der Wasserstoffregionen (BdWR) ist eine Kompetenzplattform für die politischen Akteure regionaler Wasserstoffkonzepte. Es kommen (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte von aktuell über 30 Wasserstoffregionen und der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) zusammen, um aus den Erfahrungen regionaler Wasserstoffkonzepte zu lernen und konkrete politische Ableitungen zu treffen. Zudem ist der Deutsche Landkreistag als kommunaler Spitzenverband unterstützend mit an Bord.